Geset : Sammlung

für die

Roniglichen Preußischen Staaten.

- Nr. 11. =

(Nr 2695.) Allerhöchste Kabinetsorber vom 8. Februar 1846., das Berbot des Debits der Berlags= und Kommissionsartikel des vormaligen literarischen Komtoirs zu Zurich und Winterthur, jest der Buchhandlung Julius Frobel u. Komp. zu Zurich für den ganzen Umfang der Preußischen Monarchie betreffend.

n Folge der Beschluffe der Deutschen Bundesversammlung vom 12. Juni v. 3. und 15. Januar d. 3. bestimme Ich hierdurch fur den ganzen Umfang ber Monarchie: daß fur Berlags= und Kommiffionsartikel des vormaligen literarischen Komtoirs zu Zurich und Winterthur, jest der Buchhandlung Julius Frobel u. Komp. zu Zurich, eine Debitserlaubniß (Berordnung vom 23. Februar 1843., S. 11. Nr. 3.) nicht mehr ertheilt und der Debit bisher erlaubter Verlags = und Kommiffionsartifel des genannten literarischen Komtoirs und der genannten Buchhandlung nur noch in soweit, als es zur Aufraumung ber schon vor Publikation des gegenwartigen Erlasses von inlandischen Buch= handlern wirklich angekauften Eremplare, beren Zahl von der Polizeibehorde bei jedem zur getreuen Angabe hieruber verpflichteten Buchhandler genau fest= zustellen ift, gestattet, im Uebrigen aber ber Debit sammtlicher jetigen und zufunftigen Berlags = und Kommiffionsartifel dieses literarischen Komtoirs und dieser Buchhandlung bei Vermeidung der durch die Verordnung vom 18. Df= tober 1819. Artifel XVI. Nr. 5. und den Erlaß vom 6. August 1837. Nr. 4. angedrohten und mit der im zweiten Sate des S. 14. der Berordnung vom 30. Juni 1843. bestimmten Maaßgabe anzuwendenden Strafe bis auf Beiteres ganglich verboten sein soll.

Dieser Mein Befehl ist durch die Gesetzsammlung zur dffentlichen Kennt= niß zu bringen.

Berlin, den 8. Februar 1846.

Friedrich Wilhelm.

Un die Staatsminister v. Bobelschwingh, Uhden und Frhr. v. Canig.

(Nr. 2696.) Allerhöchste Kabinetsorder vom 20. März 1846., wegen einstweiliger Modisskation der Allerhöchsten Order vom 4. Oktober 1842. und der Allerhöchsten Berordnung vom 30. Juni 1843. Hinsichts der in Polnischer Sprache erscheinenden Schriften.

Da die revolutionairen Bestrebungen, welche in neuerer Zeit in den ehemals Polnischen Landestheilen hervorgetreten sind, eine verschärfte lleberwachung der Erzeugnisse der Polnischen Presse nothwendig machen, so will Ich unter Suspension der Bestimmungen Meines Erlasses vom 4. Oktober 1842., so wie der Borschriften im zweiten Absat des S. 20. der Verordnung vom 30. Juni 1843. hinsichtlich der in Polnischer Sprache erscheinenden Schriften hierdurch bis auf Weiteres bestimmen, daß auch solche Schriften dieser Art, deren Tert zwanzig Oruckbogen übersteigt, fortan der Zensur unterworfen sein, und daß auch diezienigen in Polnischer Sprache herauszugebenden periodischen Schriften, deren einzelne Blätter oder Hefte in monatlichen oder längeren Zwischenräumen erscheinen, wie eigentliche Zeitschriften behandelt werden sollen und daher zu ihrem Erscheinen einer vorgängigen, von dem Minister des Innern zu ertheilenden Konzession bedürfen. Dies gilt auch von der Fortsetzung der bisher ohne Konzession verchienenen periodischen Schriften der genannten Urt. — Dieser Mein Besehl ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 20. Marg 1846.

Friedrich Wilhelm.

Un die Staatsminister v. Bobelschwingh und Uhden.

(Nr. 2697.) Berordnung, betreffend das Verfahren bei Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln. Vom 6. April 1846.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

verordnen in Berücksichtigung des Uns von Unseren getreuen Standen der Rheinprovinz vorgetragenen Wunsches auf den Antrag Unseres Staatsministeriums über das Berfahren bei Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults und zur Ergänzung der Verordnung vom 18. Februar 1842, für den Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Köln, wie folgt:

S. 1.

Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln sollen fortan, mit Beseitigung der Verordnung vom 30. September 1836. und anderer etwa entgegenstehenden Vorschriften, gleich den Untersuchungen wegen der im §. 3. der Verordnung vom 18. Februar 1842. erwähnten Verbrechen nach den in der Rheinischen Strafprozessordnung Art. 179. dis 216. und 479. dis 483. einschließlich gegebenen Bestimmungen geführt und erledigt werden. Ist eine Untersuchung wegen Aufruhrs und Tumults schon vor Publikation der gegenwärtigen Verordnung eingeleitet worden, so ist sie in dem bisher vorgeschriebenen Versahren zu Ende zu führen.

S. 2.

Uebersteigt bei einem der im S. 3. der Verordnung vom 18. Februar 1842. und im S. 1. der gegenwärtigen Verordnung erwähnten Verbrechen das höchste Maaß der gesetzlichen Strafe die Dauer einer fünfjährigen Freiheitsftrafe, so sind bei der Untersuchung die Vorschriften der Rheinischen Strafprozessordnung auch dahin in Anwendung zu bringen, daß die Anklage von dem Appellationshofe erkannt, eine Anklageschrift von dem Generalprokurator angefertigt, dem Angeklagten zugestellt, diesem ein Vertheidiger bestellt und Absschrift der Akten, so weit es gesetzlich ist, unentgeltlich mitgetheilt wird.

S. 3.

Der S. 6. der Verordnung vom 18. Februar 1842. findet auch bei den Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults Anwendung.

Urkundlich unter Unferer Hochsteigenhandigen Unterschrift und beige=

drucktem Koniglichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 6. April 1846.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Pring von Preußen.

v. Boyen. Mühler. v. Nagler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Flottwell. Uhden. Frh. v. Canix.

1 .0

ikmersuchungen wegen Aufrubre und Tunnlis im Beziefe des Appellaironsgericdesbeses zu Köln sollen forren, mit Beseitigung der Verordnung vom
30. September 1836, und anderer erwa entgegensiedenden Vorschristen, gleich
den Untersuchungen megen der im J. I. der Verordnung vom 18. Februar
1812, erwähnten Verbrechen nach den in der Ihrendung vom 18. Februar
26tt. 1791 die 216, und 179, die 383, einschlicklich gegebenen Bestimmungen
geführt und erledigt werden. Ji eine Ihrersuchung wegen Ausruhre und Tumulie schon vor geüblikarion der gegenwärtigen Verordnung eingeleitet worden.
To in sie in dem dieber vorgeschriedenen Versahren zu Ende zu süberen.

2 2

Uebersteint bei einem der im § 3. der Verordnung vom 18. Februar 1842, und im §. 1. der gegenvärtigen Jerordnung ervähnten Jerdrechen das bödnie Maaß der gesehlichen Strafe die Oduer einer fünfgabrigen Freheichen afrafe, 1.0 sind dei der Untersuchung die Vorschriften der Iddeinischen Strafe Iprozessonung auch danie im Africendung zu demgen, daß die Anislage von von Jopellarionsbose erkanner, eine Anisagegebrit von den Generalweitunger augeierligt, dem Iddeilarien und Albeiterigt, dem Inspellen und Albeiterigt vor Veren, so vor ein gestellt wirden.

8 .2

Der S. 6. der Vererbnung vom 18. Februar 1812, sindet auch det den tharestendungen wegen Angruhrs und Tumults Anwendung, Urfundlich unter Unserer, Hochsteigenbandigen Unterschrift und beige-

(Beneben Berlin, ben 6. April 18

(L. S.) Friedrich ABilhelm.

Pring von Preugen.

v. Boven. Dabler, v. Ragler. Aolber, Cidhorn. v. Thile. u. Savignu. v. Bobelfdwingh. Graf zu Stöllberg. Flottwell. Abben. Itb. v. Canig.